

Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Leipzig,
Raben & Komp., Nr. 20018.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauspostamt:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Beleglohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn R. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tagesblätter mit 45 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 197.

Dresden, Sonnabend den 24. August 1918.

29. Jahrg.

Zwei Exempel der Kriegswirtschaft.

Von der Parteien Doh und Gunt bewirkt, schwankt das Urteil über die deutsche Kriegswirtschaft. In leidenschaftlichen Angriffen streben die Interessenten des freien Handels die Unfähigkeit und Unwirtschaftlichkeit der behördlichen Regelung des Wirtschaftslebens zu erweisen. In sehr vielen Fällen sind nachgewiesen, daß hinter diesen Angriffen nichts als Unverstand, wenn nicht gar böser Wille steht. Um so schärfer, wenn solche Anklagen auch nur einen Kern von Berechtigung haben.

Zwei Fälle sind in der letzten Zeit veröffentlicht worden, die tatsächlich zu Skepsis und Besorgnis Anlaß geben und die eben deshalb eine schnelle und gründliche Aufklärung verlangen.

Es handelt sich einmal um die Scheidemandel A.-G. und den Kriegsausfluß für Oele und Fette. Die Scheidemandel A.-G. hat sich schon im Frieden ein Monopol auf Knochenmehl und Knochenverarbeitung zu sichern gesucht. Im Kriege sind nun zahlreiche Dampfentfettungsanlagen geschaffen worden, die ebenfalls Fett aus den Knochen gewinnen. Da sie aber unwirtschaftlicher als die Scheidemandel A.-G. arbeiten und besonders den Kriegswirtschaftlich eminent notwendigen Fett bis jetzt nicht herstellen, so sind sie mit Stilllegung bedroht. In ihrer Gegenwart greifen sie die Scheidemandel A.-G. scharf an und beschwerten sich über unzulässige Beziehungen dieses Unternehmens zu dem Kriegsausfluß für Oele und Fette.

Die Beschwerden gehen in drei Richtungen: Einmal habe die Scheidemandel A.-G. dem Kriegsausfluß für Oele und Fette Bureau, Beamte und sogar Telefon zur Verfügung gestellt, sich also selbst die zu ihrer Überwachung geschaffene Kontrollorganisation bezahlet. Von dieser Behauptung ist nur ein Schritt zu der andern, daß die große Spannung zwischen Knochenmehlpreisen und den Preisen für die Erzeugnisse auf eine unzulässige Einwirkung auf den Kriegsausfluß zurückzuführen sei. Dabei wird auf die Tatsache verwiesen, daß sich im Frieden notleidende Scheidemandel A.-G. glänzend santert und riesige Gewinne erzielt habe.

Als zweiter Beschwerdegrund figuriert der Fettfängervertrag. Gastwirte sind, um das in den Abwässern enthaltene Fett nicht verloren gehen zu lassen, zum Einbau eines Fettseiders verpflichtet, der unjenseitig erfolgt, wenn das System Bormann verwendet wird. Der diese Apparate betreibende Agent war aber — Beamter des Kriegsausflusses für Oele und Fette. Dieser soll, was aber bestritten wird, mit Scheidemandel einen Vertrag geschlossen haben, wonach der Gesellschaft das mit Hilfe dieser Apparate gewonnene Fett auf fünf Jahre nach Friedensschluß gesichert wird. Daraus soll angeblich der Gesellschaft ein Jahresverdienst von 5 Mill. M. zufließen.

Endlich wird behauptet, daß der Kriegsausfluß für Oele und Fette unter dem Vorbehalt des früheren Direktors der Deutschen Bank, des Alfreds Meißel, für seine Leihgelder an die Deutsche Bank 5 Prozent Zins gezahlt habe, während die anderen Kriegsgesellschaften ihren Geldbedarf meist bei der Preußischen Staatsbank zu 4,5 Prozent deckten. Daraus soll sich ein Betrag von mindestens 300 000 M. zu Ungunsten des Kriegsausflusses ergeben haben.

Der andere Fall spielte in der Textilindustrie. Ein Hofrat Hartmann, Besitzer der Firma W. Hartmann & Co. G. m. b. H. in Berlin, hat zum Einkauf von Papiergarnen die Textilunion G. m. b. H. in Berlin gegründet, die wiederum der Vereinigten Textilwerke G. m. b. H. zur Übernahme der Papiergewebe geschaffen hat. Alle diese Gesellschaften stehen unter der Kontrolle des Herrn Hartmann. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Vereinigten Textilwerke ist der frühere Geschäftsführer des Vereins sächsischer Baumwollindustrieller in Augsburg, Hofrat Dr. Wittner, Vortragsredner Rat im Reichswirtschaftsamte und zugleich Direktor des der Kriegswirtschaftsabteilung angeschlossenen Reichsausschusses der deutschen Baumwollindustrie.

Vor einiger Zeit wurde das Gerücht verbreitet, daß die Papiergarn-Höchstpreise herabgesetzt werden. Herr Hartmann kaufte in diesem Augenblicke von der Organisation der Papiergarnspinner enorme Mengen 15—20 Proz. unter dem Höchstpreise. Nachher wurde dieses Gerücht dementiert. Der Höchstpreis. Nachher wurde Herr Hartmann erklärt sich aus plötzlicher große Bedarf des Herr Hartmann erklärt sich aus der Notwendigkeit, die beschlagnahmten Vorhangstoffe zu erwerben. Natürlich legt hier der Verdacht ein, daß Herr Hartmann besser als die Außenwelt informiert war. Es taucht die Vermutung auf, die freilich nicht bewiesen, aber auch nicht widerlegt werden kann, daß Herr Hartmann wußte, es würden große Stoffmengen für die beschlagnahmten Vorhänge gebraucht, die Preise für Papiergarn aber nicht ermäßigt.

Es ist so uneben nicht, wenn ein Industrieller, der sich über diese Vorkommnisse in der Frankfurter Zeitung beschwert, verlangt, daß, wenn die Papiergarnpreise erniedrigt werden, auch die Preise für Garnpapier herabgesetzt und für Gewebe auch deren Weiterverkauf Höchstpreise oder wenigstens Höchstpreise festgesetzt werden, was bisher nicht geschehen ist.

Welche Fälle bedürfen noch der gründlichen Aufklärung, und bevor diese nicht erfolgt ist, wird sich ein begründetes

Urteil nur schwer fällen lassen. Aber eine Reihe von Einbrüchen können schon jetzt festgehalten werden.

Eine der größten Schwierigkeiten der Kriegswirtschaft ist der Mangel an geeigneten Kräften. Die aus dem Frieden her noch tätigen Staatsbeamten sind meist Juristen, von denen sich zwar ein Teil in schwierige kaufmännische und technische Einzelheiten eingearbeitet hat, aber doch nur ein Teil. Und auch die, die ihrem Amte ein ernstes Interesse schenken, mußten erst Befehle zahlen. Anders gesagt: die ausschließliche Beschränkung des Staates auf die formaljuristische Verwaltung rächt sich. So mußten Fachmänner aus den Privatberufen herbeigezogen werden. Diese neuen Beamten hatten aber entweder schon starke Privatinteressen, oder sie suchten sich die Möglichkeit zu schaffen, nach ihrer befristeten Tätigkeit in einer Kriegsorganisation den Weg in Industrie oder Handel zu finden. In selbst wenn die Absicht fehlte, die Tätigkeit in einer Behörde oder in einer Gesellschaft mit behördlichem Einschlag als Sprungbrett zu benutzen, so bestand doch bei sehr vielen dieser Beamten sicherlich der Wunsch, sich nicht durch eine allzu rigorose Handhabung der Geschäfte Doh und Fehlschiff zu zeigen. Neben den Beamten befinden sich natürlich ehemalige Unternehmer, die ihre Tätigkeit nach dem Kriege wieder aufnehmen wollen, in einer gleichen oder ähnlichen Lage.

In derselben Richtung wirkt die Entwertung des Geldes und damit der menschlichen Arbeit. Für die Jahre 1915 und 1916 mag die Tätigkeit in den Kriegsgesellschaften ganz gut, zum Teil auch sehr gut bezahlt worden sein. Später, als die Preise erst in steiler Kurve nach oben gingen, machte sich das Mißverhältnis zwischen der Leuerung und der Entlohnung der Festangestellten auch hier reich bemerkbar. Es ist eine der ernstesten Sorgen, daß selbst die alte, von einer Tradition getragene Beamtenschaft täglich mehr von der Korruption bedroht wird. War sie früher schon abhängig, so wird sie jetzt hilflos. Diese Erscheinungen müssen natürlich unter der Kriegswirtschaft noch stärker ausfallen. Damit ist nicht bewiesen, daß die Verführung mit dem Wirtschaftsleben für den Staat schädlich ist, sondern nur, daß der Krieg keine moralische Reinigungsanstalt ist.

Deutsch-spanische Verhandlungen.

Berlin, 23. August. In Madrid sind folgende Auszüge aus den amtlichen Aufzeichnungen des Ministeriums vom 20. d. M. veröffentlicht worden. In den letzten in Madrid stattgefundenen Sitzungen hat die Regierung die internationale Lage erwoogen. Infolge des U-Boots-Krieges sind spanische Schiffe verfenkt worden, deren Tonnage 20 Prozent unserer Handelsflotte ausmacht. Die Biffer der ungenutzten Seelente übersteigt 100, abgesehen von der beträchtlichen Zahl der Bewohneten. Bedauerlicherweise kam es bei verschiedenen Gelegenheiten vor, daß die Schiffbrüchigen im Meer gelassen worden sind. Dieser Zustand erreichte seinen Höhepunkt, als von der Regierung requiriert Schiffe mit Ladungen von Waren, die tatsächlich und ausschließlich für den spanischen Verbrauch von drei oder vier Tausend bestimmt wurden, ohne den geringsten Vorbehalt torpediert wurden, wodurch die Schwierigkeiten der spanischen Seefahrt noch vermehrt wurden, so daß eine für die Interessen Spaniens verhängnisvolle Lage geschaffen worden ist. Diese für uns verunsicherte Schwierigkeiten stehen mit der Achtung nicht im Einklang, auf die Spanien dank der wirklich ritterlichen Art, in der es seine Pflichten als neutrale Macht erfüllt, Anspruch hat. Die Regierung hat deshalb geglaubt, um nicht gegen ihre wichtigsten Verpflichtungen zu verstoßen, innerhalb der Neutralität wirksame Vorkehrungen für die Aufrechterhaltung des spanischen Seeverkehrs und zum Schutze des Lebens unserer Seefahrer ergreifen und angesichts der Unwirksamkeit wiederholter Proteste freundschaftlich die kaiserliche Regierung darauf hinweisen zu müssen, daß die Verletzung unserer Tonnage bis zur äußersten Grenze unserer dringendsten Bedürfnisse sowie der Wunsch, unteren Schiffen keine andere Verteidigung zu geben, als die ihrer Flagge und die der Regierung, die unter ihrer Leitung den Seeverkehr zusammengefaßt hat, sie nötigen würden, im Falle einer Neuprüfung die verfenkte Tonnage aus den in spanischen Häfen ankernden deutschen Schiffen zu erlösen.

Diese von der Notwendigkeit bedingte Maßnahme würde keineswegs eine endgültige Beschlagnahme in sich schließen. Es wäre lediglich eine vorübergehende Lösung, die bei Friedensschluß ebenso wie die zahllosen noch schwebenden spanischen Reklamationen geregelt würden. In Ausführung dieses Entschlusses sind die entsprechenden Weisungen an den Botschafter in Berlin zur Bekanntgabe an die kaiserliche Regierung ergangen. Die spanische Regierung zweifelt nicht daran, daß Deutschland alle Umstände würdigen werde, die zu diesem Entschluß geführt haben, und ihn als vereinbar mit der Neutralität anerkennen werde, eine Neutralität, die lokal seit Kriegsbeginn innerhalb der natürlichen und pflichtgemäßen Verteidigung der wesentlichen Interessen Spaniens

und selbst unter Aufopferung unserer vornehmlichen Vorteile gepflogen haben, solange es möglich war, das Opfer ohne Beeinträchtigung nationaler Würde und nationalen Lebens zu ertragen. Der Beschluß der Regierung Spaniens, die Verfügung über den für seine Existenz unerlässlichen Tonnenraum zu sichern, ändert nichts an dem festen Vorbehalt, Spanien bei strengster Neutralität zu erhalten und dem Deutschen Reich alle Rücksicht und jede Achtung zu gewähren in der Erwartung, von ihm die freundschaftliche Behandlung zu erfahren, auf die wir aus vielfachen Gründen Anspruch haben.

Gegen das Vorhaben der spanischen Regierung ist deutscherseits energische Verwahrung eingelegt worden. Zwischen den beiden Regierungen sind Verhandlungen eingeleitet.

Wie die Post. Btg. hört, hätte die deutsche Regierung in den bisherigen Verhandlungen mit Spanien auf die Unmöglichkeit hingewiesen, einem einzelnen Staate zuliebe die Wirksamkeit der U-Bootsflotte in Frage zu stellen. Immerhin dürfte aber die Möglichkeit bestehen, durch größere Schonung der spanischen Schiffe außerhalb des Sperrgebietes die Interessen des befreundeten Staates zu berücksichtigen.

Der Vortwärts bedauert angesichts der deutsch-spanischen Spannung, daß die Reichstagsmehrheit die sozialdemokratische Anregung auf Versammlung des Hauptauschusses abgelehnt und damit die Volksvertretung bei einer überaus wichtigen Entscheidung ausgeschaltet hat. Spanien mit seinen mehr als 20 Millionen Einwohnern ist — von Rußland abgesehen — zur Zeit der größte der uns verbliebenen europäischen Neutrals, wenn nicht der Neutrals überhaupt. Sein Beispiel ist auch auf die Neutralität der spanisch-amerikanischen Staaten, wie Argentinien und Mexiko, von Einfluß gewesen. Würde Spanien seine Neutralität auf — wir hoffen aufrichtig, daß es davon noch sehr weit entfernt ist —, so wäre es der größte Triumph auf politischem Gebiete, den die Entente überhaupt einheimen könnte.

Damit aber dieses Ereignis vermieden werde, fordert der Vortwärts von unserer Regierung mit Recht eine Anze und entgegenkommende Politik. An der Ehrlichkeit der bisherigen spanischen Neutralität war nicht zu zweifeln. Wir verlangen von der deutschen Regierung, daß nicht auch noch dieser neutrale Staat in die Reihen unserer Gegner getrieben und damit die Weltkoalition gegen Deutschland vollends geschlossen wird.

Vorzugsur für spanische Zeitungen.

Wie aus Madrid gemeldet wird, hat die Vorzugsur für die spanischen Zeitungen am Mittwoch begonnen. Sie erstreckt sich auf alle Kriegsmeldungen sowie auf alle Nachrichten und Neuigkeiten über die auswärtige Politik Spaniens.

Der reine Verteidigungscharakter des Krieges.

Ueber die letzten Besprechungen der Fraktionsvorsitzenden mit der Reichsleitung berichtet die Rb. Korresp. noch folgendes:

Ein Vortrag des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen von Hintze brachte einen Ueberblick über unsere außenpolitische Lage und ganz besonders über die jetzt im Vordergrund stehenden Ostfragen. Einen besonderen Ausschluß aus dem Gesamtkomplex der Ostfragen behandelte der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Herr Dr. Krieger, der den Fraktionsführern Ausschluß gab über die zur Zeit mit der Sowjetregierung im Gange befindlichen Verhandlungen zur Ergänzung des Brest-Litowsker Friedensvertrages. Diese beiden Vorträge gaben die Grundlage zu einer Aussprache, in der weitgehende Übereinstimmung zutage trat. Nach mancherlei Schwankungen in vorausgegangenen Jahren kann wohl jetzt ohne Widerspruch von irgendeiner Seite festgestellt werden, daß zwischen den maßgebenden Faktoren der Regierung und der großen Mehrheit der deutschen Volkvertreter und des deutschen Volkes selbst Einverständnis darin besteht, daß der reine Verteidigungscharakter des Krieges durch keinerlei unumkehrliche Strömungen verändert werden darf. Das Wort in der Thronrede vom 4. August 1914: „Uns treibt nicht Eroberungsfluß“ bildet auch heute noch, oder man kann viellecht auch sagen, bildet heute wieder die Grundlage unserer Außenpolitik. Nachdem diese Übereinstimmung in den großen Zielen sich bei der Besprechung beim Abgang von Vater gezeigt hatte, lag kein Grund vor, den Hauptauschluß des Reichstags im gegenwärtigen Augenblick einzuberufen. Die Notwendigkeit hätte bestanden, wenn die Auffassungen der maßgebenden Faktoren von denen der Fraktionsführer stark auseinandergegangen wären. Das war aber nicht der Fall und so war die große Mehrheit in der Fraktionsführer-Konferenz nicht gewillt, schon jetzt die Vertagung des Reichstags zu unterbreiten. Die Korrespondenz deutet ferner an, daß in nächster Zeit weitere Besprechungen zwischen der Regierung und den Parteien stattfinden werden.